

Abänderungsantrag

**der sozialdemokratischen Abgeordneten
zur Beilage 1230/2019 (Bericht des Finanzausschusses betreffend den Voranschlag
des Landes Oberösterreich für das Finanzjahr 2021 [einschließlich Stellenplan]),
Budgetgruppe 6 „Straßen- und Wasserbau, Verkehr“,
betreffend mehr Verkehrssicherheit**

Der Oö. Landtag möge beschließen:

1. Der im Teilabschnitt 1/64911 „Verkehrserziehung bzw. Verkehrssicherheit aus Landesmitteln“ veranschlagte Betrag von 3.780.100 Euro wird im Ergebnis- und Finanzierungshaushalt auf 4.780.100 Euro erhöht.
2. Der im Teilabschnitt 1/65040 „Eisenbahnkreuzungen“ veranschlagte Betrag von 2.068.300 Euro wird im Ergebnis- und Finanzierungshaushalt auf 3.068.300 Euro erhöht.
3. Dementsprechend erfolgt eine Reduktion der im Landeshaushalt 2021 vorgesehenen Schuldentrückzahlungen um 2.000.000 Euro.

Begründung

„Oberösterreich verzeichnete leider den stärksten Anstieg der Unfallzahlen.“ Diese traurige Tatsache ist der Unfallstatistik Bericht 2018 des Landes zu entnehmen, obwohl die österreichweite Tendenz eine sinkende Unfallzahl war. 8913 Menschen wurden in unserem Bundesland 2018 verletzt und 96 Menschen starben bei Verkehrsunfällen. Das ist eine Steigerung bei den Verletzten von plus 8,1 % und bei den Getöteten im Vergleich zum Vorjahr von plus 11,6 %. Auch bei Getöteten pro 10.000 Einwohner ist Oberösterreich mit 0,65 trauriger Spitzenreiter. Der Österreich-Durchschnitt ist bei dieser Kennzahl nur 0,47.

Ein besonders hohes Verletzungs- und Tötungsrisiko besteht bei Abbiegeunfällen von LKW oder Bussen mit FußgeherInnen oder RadfahrerInnen. Im Jahr 2018 starben in Österreich 14 Menschen, weil LKW-LenkerInnen diese übersehen haben. Das Problem der fehlenden Einsicht beim Rechtsabbiegen von LKW lässt sich durch Abbiegeassistenten beheben. Europarechtlich wird ein verpflichtender Einbau von Abbiegeassistenten nur für neue LKW und erst ab 2022 vorgeschrieben.

Die Oö. Landesregierung hat nach Bürger- und Landtagsinitiativen das Problem erkannt und schreibt beispielsweise bei der Neuvergabe von Buslinien im OÖVV den Einbau von Abbiegeassistenten in den Ausschreibungskriterien fest.

Um Anreize für die Oö. Betriebe und Gemeinden zu schaffen, dass sie ihre Bestände bei Neuanschaffungen von LKW mit einem Abbiegeassistenten ausrüsten, soll ein Paket mit Landesförderungen zum Einbau und für Informationsmaßnahmen zur Bewusstseinsbildung für gefährliche Verkehrssituationen (Risikobewusstsein erhöhen) geschnürt werden.

Unfälle an Eisenbahnkreuzungen sind der Anzahl nach relativ selten, wenn sie aber passieren, dann haben sie auf Grund der Masseverhältnisse von Schienenfahrzeugen zu Straßenfahrzeugen oder FußgängerInnen meist schwerste oder tödliche Verletzungen für die leichteren VerkehrsteilnehmerInnen zur Folge.

Aufgrund der Eisenbahnkreuzungsverordnung 2012, BGBl II Nr 216/2012 sind die Gemeinden als Träger der Straßenbaulast verpflichtet, die Eisenbahnkreuzungen zu überprüfen und den in der Verordnung fixierten Anforderungen anzupassen. Alle bislang nicht technisch gesicherten Kreuzungen müssen technisch gesichert werden (Lichtzeichen mit oder ohne Schranken). Das bedeutet für jede betroffene Gemeinde pro Eisenbahnkreuzung einige hunderttausend Euro an Kosten.

Um die Sanierungen und Auflösungen von Eisenbahnkreuzungen schneller voranzutreiben, soll sich das Land mit einer Förderung aus dem Verkehrsressort verstärkt an den Kosten beteiligen. Das verbessert rascher die Sicherheit für alle VerkehrsteilnehmerInnen und entlastet etwas die von Transferzahlungen an das Land finanziell ausgehungerten Gemeinden.

Die volkswirtschaftlichen Kosten pro Verkehrstoten unter Berücksichtigung des menschlichen Leids werden im Unfallstatistik Bericht 2018 mit € 3.682.981 angegeben. Alle Personen und Sachschäden zusammen ergeben volkswirtschaftliche Gesamtkosten für Oberösterreich von € 1.325.442.116 nur für das Jahr 2018. Folglich rechnet sich jeder in die Verkehrssicherheit investierte Euro um das Vielfache.

Um das im Verkehrssicherheitsprogramm des Landes Oberösterreich 2016 bis 2022 gesetzte Ziel, die „Vision Zero“ – einer Reduktion der Getöteten im Straßenverkehr auf null – real näher zu kommen, fordern die unterzeichneten Abgeordneten zwei Millionen Euro mehr zur Erhöhung der Verkehrssicherheit.

Linz, am 02. Dezember 2019

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Rippl, Makor, Peutlberger-Naderer, Bauer, Müllner, Promberger, Lindner, Binder, Schaller, Weichsler-Hauer, Krenn